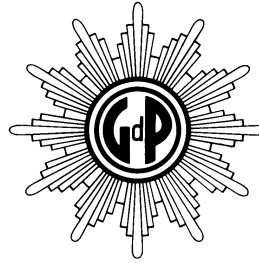


Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Bundesvorstand
<http://www.gdp.de>
gdp-pressestelle@gdp.de

Berlin, 24. April 2013

GdP-Fachtagung „Die föderale Polizei im demografischen Wandel“ GdP-Vize sieht unterschiedliche polizeiliche Bezahlung als Rückfall in Kleinstaaterei

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht sechseinhalb Jahre nach dem Inkrafttreten der Föderalismusreform I ihre Befürchtungen bestätigt. Durch die damals beschlossene Verlagerung der Zuständigkeiten für die Besoldung und Versorgung der Polizeibeschäftigten in die Länder gebe es heute bis zu 17 unterschiedliche Besoldungsordnungen, Beihilferegeln oder Versorgungsleistungen, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek zu Beginn einer zweitägigen GdP-Fachtagung zum Thema „Die föderale Polizei im demografischen Wandel“ am Mittwochnachmittag in Berlin. Damit sei Deutschland, was die Belange der Polizei angehe, in einem zusammenwachsenden Europa in eine mittelalterliche Kleinstaaterei zurückgefallen.

Die verschiedenen Bezahlungssysteme mit teils immensen finanziellen Unterschieden für die Kolleginnen und Kollegen von Bundesland zu Bundesland sowie die unterschiedlichen Ausstattungen führten dazu, dass die Qualität der inneren Sicherheit der Bürger künftig immer mehr zu einer Frage des Wohnortes werde, mahnte Radek vor den rund 100 Teilnehmern der Tagung, darunter viele Polizeibeamtinnen und -beamte aus allen Bundesländern.

Der GdP-Vize kritisierte in diesem Zusammenhang scharf die Weigerung von Landesregierungen, den Tarifabschluss des Öffentlichen Dienstes in diesem Jahr auf die Polizeibeamtinnen und -beamten zu übertragen. „Es gibt keinen vernünftigen Grund, uns von der Einkommensentwicklung abzukoppeln. Gerade diejenigen, die sich täglich für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen, haben so eine Missachtung nicht verdient“, sagte Radek.

Die Experten und Polizisten wollen bis Donnerstag zugleich über die Attraktivität des Berufsbildes Polizist und die schwerer werdende Nachwuchsgewinnung diskutieren. Zudem geht es auf der Fachtagung vor dem Hintergrund des bevorstehenden demografischen Wandels der Gesellschaft um die Konsequenzen für die Polizei. Gewerkschaftliche Schlussfolgerungen wird der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut in seinen abschließenden Bemerkungen darlegen.

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle
Pressesprecher:
Rüdiger Holecek – Mobil: 01 72 – 7 12 15 99

Bundesgeschäftsstelle_Berlin:
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (0 30) 39 99 21 (0) - 113/114/115/116/117
Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190